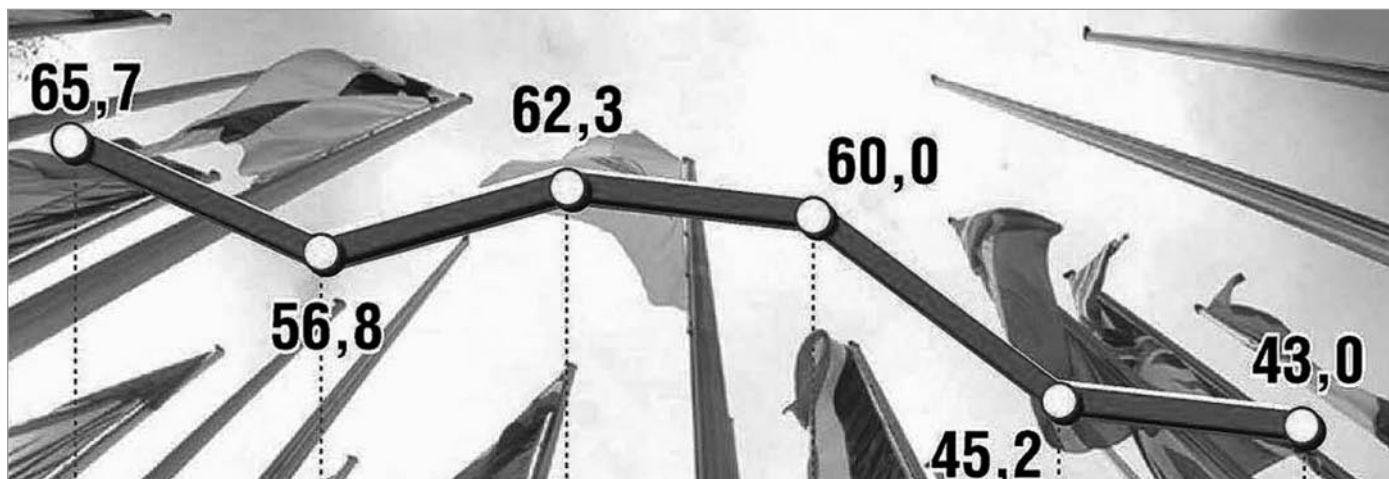




KOMMENTAR

Von Wilhelm Schmülling

Ach, lasst uns wählen, wen wir wollen – oder auch keinen!



Wähler muss man erst einmal in Stimmung bringen. Oder sind sie es schon? Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise müssten die Wähler geradezu heiß darauf sein, es den Politikern mal so richtig zu sagen, was sie falsch gemacht haben und was zu machen sei. Schließlich regiert in einer Demokratie das Volk. Dazu müssten die Abgeordneten weniger das Volk repräsentieren und mehr den Volkswillen umsetzen.

Doch was machen die Politiker? Sie steigen auf die Rednertribünen und anstatt zu fragen, was die Wähler wollen, sagen sie, was die Wähler sollen, nämlich richtig wählen. Hier setzt der Wahlkampf ein. Gegen wen wird da gekämpft? Natürlich gegen die Wähler, die beim letzten Mal falsch gewählt haben, nämlich eine andere Partei – oder gar keine. Gegen die andere Partei zu kämpfen, gehört sich nicht. Schließlich liegt fast jede Partei mit einer anderen im Koalitionsbett – verheiratet auf Zeit. Sie sind verkuppelt, sie verkehren miteinander, doch in einer zivilisierten Manier. Aber nicht auf offener Bühne. Da wird gekämpft, gegen die, die sich erdreisten, Singles zu wählen, linke oder

rechte, oder erst gar nicht zur Wahl gehen. Nein, Wähler müssen Volksparteien wählen. Die haben sich bewährt, sie haben Betriebe gerettet, Steuern gesenkt und Sozialleistungen erhöht. Oder? Wie sich da die Wähler freuen! Die Politiker tun ja was! Und so selbstlos. Wer bei diesem Eifer nicht zur Wahl geht, muss bestraft werden.

Der Vorschlag kommt von Jörn Thießen (SPD), und er legt auch gleich die Strafe fest: 50,- Euro soll der Nichtwähler zahlen. Schließlich hatten viele Nichtwähler früher die SPD gewählt. Da wird der Vorschlag verständlich. Herr Thießen ist ein ehrenwerter Abgeordneter und war Büroleiter von Rudolf Scharping (WELT ONLINE). Da soll noch jemand sagen, er verstünde nichts von Politik. Noch besser wäre ein Vorschlag, auch zur Wahl von Volksparteien zu verpflichten. Hier der Bußgeldkatalog:

- Wer nicht wählt, zahlt 50,- Euro.
- Wer keine der beiden Volksparteien wählt, zahlt 100,- Euro.
- „Im Gegenzug zahlt jeder Bundestagsabgeordneter 500,- Euro, wenn er ein Wahlversprechen nicht einhält“, so ein User im Internet.

Kann man als Kommentator nur mit solch einem Zynismus auf den Wahlkampf reagieren? Es scheint so. Denn eine Wahl durchzuführen für ein europäisches Parlament, das keine Gesetzgebungsbefugnis hat, ist in sich unlogisch. Wer kennt den Vertrag über die Europäische Union, wer die „Rahmenbeschlüsse“, wer die nationalen Maßnahmen zur Umsetzung der Rahmenbeschlüsse und wer weiß über den „Europäischen Haftbefehl“ Bescheid? Das sind nur wenige der Beschlüsse, die von den Abgeordneten verstanden und umgesetzt werden müssen.

Wissen denn die gewählten Abgeordneten, wozu sie gewählt wurden? Zweifel sind angebracht. Und dann verlangt man von den Wählern, dass sie Programmkenntnisse von den 30 zur Wahl angetretenen Parteien haben. Die Wähler fühlten sich überfordert und waren frustriert. Kein Wunder, dass die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent lag.

Es gilt, die Politikverdrossenheit der Mehrheit zu überwinden. Dazu bedarf es Lösungsvorschläge, die allgemeinen Wohlstand erreichen und den Frieden sichern. Das ist die gewaltige Aufgabe der Europäischen Union. ■